



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband kostenloser Wochenzeitungen e.V.

Aktuell seit 30.06.2025 12:50:21

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001027
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	30.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Markgrafenstr. 15 10969 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49307262982818 E-Mail-Adressen: info@bvda.de Webseiten: <u>www.bvda.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

110.001 bis 120.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Alexander Lenders**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Obleser Isabel**
Funktion: Stellvertretende Vorsitzende
3. **Haldun Tuncay**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Sebastian Schaeffer**
2. **Haldun Tuncay**

Gesamtzahl der Mitglieder:

108 Mitglieder am 01.03.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (8):

1. Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) e.V.
2. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V.
3. World Association of Newspapers and News Publishers (WAN IFRA)
4. Trägerverein des deutschen Presserats e.V.
5. MittelstandsAllianz. Eine Initiative des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft
Unternehmerverband Deutschlands e.V.
6. Arbeitsgemeinschaft graphischer Papiere (AGRAPA) getragen von Gesellschaft für Papier-
Recycling (GesPaRec) mbH
7. Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V.
8. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement getragen von BBE Geschäftsstelle
gemeinnützige GmbH

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (8):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Kultur; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Werbung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der BVDA sieht seine Aufgabe darin, die übergreifenden Interessen der in ihm zusammengeschlossenen Mitgliedsverlage zu vertreten und zu fördern. Der Verband nimmt die politische Interessenvertretung wahr und setzt sich in der Politik für gute und faire wirtschaftliche und gesetzliche Rahmenbedingungen für die Mediengattung Anzeigenblatt ein. Wichtige

Themenfelder stellen dabei die Sicherung der flächendeckenden Versorgung mit kostenlosen lokaljournalistischen Informationen, Förderung der Medienvielfalt / Presse, Werbefreiheit sowie Arbeit und Beschäftigung (u.a. geringfügige Beschäftigung im Bereich der Zustellung) dar.

Grundlagen der Arbeit sind die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und die Kollaboration zwischen den Mitgliedern und externen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik.

Um die Rahmenbedingungen für kostenlose Wochenzeitungen zu verbessern, unterhalten wir einen „interfraktionellen Dialog“. Mithilfe von Positionspapieren informieren wir über Herausforderungen und Potenziale von kostenlosen Wochenzeitungen und machen Vorschläge für gesetzliche Regelungen zur Förderung von kostenlosen Wochenzeitungen. Des Weiteren vernetzt der Verband seine Mitglieder mit Politikerinnen und Politikern, um den direkten Dialog zu fördern. Es werden Fachveranstaltungen und Podien organisiert, aber auch unmittelbar Stellungnahmen und Gutachten veröffentlicht und/oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung übermittelt.

Zudem werden Austausch- und Informationsveranstaltungen organisiert, zu denen regelmäßig auch Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden, um diese von unseren Positionen zu überzeugen.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Umsetzung des KLWG (entsprechend aktuellem Koalitionsvertrag)

Beschreibung:

Ein im Februar 2023 erstmalig aus dem BMEL bekannt gewordener Entwurf für ein KLWG sieht weitreichende Werbeverbote für rund 70 Prozent der Lebensmittel vor. Die auch nach verschiedenen Überarbeitungen durch das BMEL weiterhin enthaltenen, teils sehr allgemein gehaltenen Formulierungen für betroffene Formate wie „Presseprodukte oder andere gedruckte Veröffentlichungen“ können demnach auch kostenlose Wochenzeitungen einschließen. Der BVDA setzt sich dafür ein, dass das geplante Gesetz an die moderateren Formulierungen aus dem aktuellen Koalitionsvertrag angelehnt wird, in dem es heißt: „An Kinder gerichtete Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt darf es in Zukunft bei Sendungen und Formaten für unter 14-Jährige nicht mehr geben.“

Interessenbereiche:

Werbung [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2502050005** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundestag

2. Übernahme der MiLoAufzV in Arbeitszeitgesetz

Beschreibung:

Das BMAS strebt eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) an, die eine taggleiche, digitale Erfassung von Beginn, Dauer und Ende der Arbeitszeit durch den Arbeitgebenden vorsieht. Das Arbeitszeitgesetz ist gegenüber der Mindestlohnaufzeichnungsverordnung (MiLoAufzV) als höherrangig anzusehen. Die MiLoAufzV ermöglicht das Sollzeitmodell in der Zustellung. Daher setzt sich der BVDA für eine Übernahme dieser Regelung in das neue ArbZG ein.

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2404240003 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. SG2502050006 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2503170031 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Beibehaltung des Opt-out-Aufklebersystems für Werbepost

Beschreibung:

Der BVDA fordert die Beibehaltung des aktuellen Opt-out-Aufklebersystems für Haushaltswerbung, da ein Opt-in-System mit der Pressefreiheit kollidieren kann und die wirtschaftliche Grundlage von kostenlosem Journalismus gefährdet.

Interessenbereiche:

Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502050007 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Aufschub von Fristen zur Abgabe von Sorgfaltserklärungen im Rahmen der EUDR**

Beschreibung:

Der BVDA setzt sich dafür ein, dass Fristen zur Abgabe von Sorgfaltserklärungen im Rahmen der EUDR solange aufgeschoben werden, bis eine zumutbare Umsetzungsmodalität sowie Rechtsicherheit für die Unternehmen entlang der grafischen Papierkette gefunden wurde.

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2404240004 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2408260007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. Umsetzung der Presseförderung (entsprechend aktuellem Koalitionsvertrag)

Beschreibung:

Der BVDA fordert, dass die im aktuellen Koalitionsvertrag festgeschriebene Förderung der flächendeckenden Versorgung mit periodischen Presseerzeugnissen umgesetzt wird.

Interessenbereiche:

Massenmedien [\[alle RV hierzu\]](#); Meinungs- und Pressefreiheit [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2502050008 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2503170032 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

6. Festsetzung des MiLo durch die Mindestlohnkommission

Beschreibung:

Der Mindestlohn sollte zukünftig alleinig durch die unabhängige Mindestlohnkommission festgesetzt werden, ohne dass die Bundespolitik dem vorgreift.

Betroffenes geltendes Recht:

MiLoG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#);
Massenmedien [\[alle RV hierzu\]](#); Meinungs- und Pressefreiheit [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502050009 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Keine Vorab-Zertifizierung von Umweltaussagen im Rahmen der zukünftigen EU Green Claims Richtlinie**

Beschreibung:

In der zukünftigen EU Green Claims-Richtlinie ist eine komplexe Vorabprüfung von werblichen Umweltaussagen von Unternehmen durch offizielle Stellen vorgesehen. Dies würde die Innovationsanreize für ökologisch engagierte Unternehmen schwächen und zu einem "Green Hushing" führen, weshalb die vorgesehene verpflichtende Vorabprüfung ausgesetzt werden sollte.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502260001 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

8. **Diskutierte Mindestloohnerhöhung schrittweise einführen**

Beschreibung:

Die derzeit diskutierte Erhöhung des Mindestlohnes ist gegenüber dem Werbemarkt in keiner Weise abzubilden, wenn diese zum Stichtag 1. Januar 2026 erfolgen würde. Wir fordern daher eine schrittweise Erhöhung, die den Unternehmen mehr Zeit gibt, sich auf die finanziellen Belastungen einzustellen.

Betroffenes geltendes Recht:

MiLoG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Massenmedien [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503170033** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Dynamisierung der Verdienstgrenzen im Minijob

Beschreibung:

Die Verdienstgrenzen für Minijobs müssen in Abhängigkeit vom Mindestlohn mitwachsen, da die größtenteils geringfügig beschäftigten Zusteller/innen von kostenlosen Presseprodukten im Rahmen ihrer Tätigkeit sonst immer weniger Arbeitsstunden leisten können.

Betroffenes geltendes Recht:

MiLoG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu];
Massenmedien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503170034** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.140.001 bis 1.150.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

BVDA_Bilanz-und-GuV2024.pdf